

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Gründungs-Jahr
1820.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 165.

Donnerstag, 19. Juli 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile 7 Silben 20 Pf., Ortspreis 15 Pf.; gelbdruckte und tabellarische Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. feste Taxe. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrückliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin ist kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung, der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Banger & Wintelich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen.

Nachstehend werden die §§ 11 und 17 der Bundesratsverordnung über die Kartoffelverföhrung im Wirtschaftsjahr 1917/18 vom 28. Juni 1917 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 569) (Tab.) zur Kenntnis gebracht, mit dem Hinweis, daß nach der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 4. Juli 1917 ein Verbot gegen die Entnahme der Kartoffeln sachgemäß zu ernten, vorliegt, wenn Kartoffeln unreif der Erde entnommen werden. Riesa, am 18. Juli 1917.

Der Rat der Stadt Riesa.

Kr.

§ 11. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen. Die Kartoffelerzeuger sind ferner verpflichtet, die zur Erhaltung und Beförderung erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Sie dürfen die Kartoffeln in Höhe der ihnen sichergestelltten Mengen nicht verbrauchen oder beseitigen. Durch Rechtsgechäft darf über die sichergestelltten Mengen nur zur Erfüllung der Verpflichtung zur Lieferung verfügt werden. Rechtsgeschäftliche Verfügungen stehen gleich Verfügungen, die im Wege der Zwangsverföhrung oder Arrestverföhrung erfolgen.

§ 17. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den auf Grund des § 2, 13 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer den Vorschriften in § 11 oder den auf Grund des § 11 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;

3. wer die Auskunft, zu der er nach § 7 Absatz 3, § 15 Absatz 2 oder nach den auf Grund des § 13 Absatz 2 erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;

4. wer der Vorschrift in § 15 Absatz 1 zuwider den Eintritt in die Räume oder die Befichtigung verweigert.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterscheid, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beseitigen, Veräußern oder Verfüßern von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem zwanzigfachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Ausgabe von Wehlbezugsmarken und Zuckerkarten.

Die Ausgabe der Wehlbezugsmarken zum Bezuge von Wehl anstelle von Kartoffeln auf die Woche vom 10. bis 22. Juli 1917 und der Zuckerkarten auf die Zeit vom 22. Juli bis 31. Oktober 1917 erfolgt

Freitag, den 20. Juli 1917, vormittags 8-12 Uhr.

in den bekannten Ausgabestellen, soweit die Ausgabe der Wehlbezugsmarken nicht bereits heute in der Polizeiwache erfolgt ist.

Die Ausgabe der Wehlbezugsmarken früher anzusehen ist uns nicht möglich gewesen, da wir dieselben erst in vergangener Nacht erhalten haben.

Der Rat der Stadt Riesa, den 19. Juli 1917.

Ghm.

Zur innerpolitischen Lage.

Zur heutigen Reichstagsitzung. Wie dem „Lokalanz.“ gemeldet wird, verlautet in parlamentarischen Kreisen, man halte es für möglich, daß die Friedensformel der Mehrheitsparteien im Reichstage überhaupt nicht zur Abstimmung gelangt, da angenommen werde, die Erklärungen des neuen Reichstagspräsidenten würden so gehalten sein, daß sich eine Beschleunigung über die Friedensformel von selbst erübrige. Das gleiche gelte auch von der Formel, die von national-liberaler Seite eingebracht werden und die Zustimmung der Rechten finden werde. Wenn auch beide Formeln zur Erörterung gestellt werden sollen, so dürfte auf eine formelle Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne verzichtet werden, nachdem Dr. Michaelis den Standpunkt der Reichsregierung erläutert und der Reichstag ihn zur Kenntnis genommen hat. — Der „Vorwärts“ schreibt: Wir haben in diesen Tagen der Krisis der Welt unser wahres Gesicht gezeigt und das ist nicht das Gesicht des kriegerischen Kampfes, das wir in der feindlichen Presse so oft abgemalt gefunden haben. Jetzt müssen wir uns zu diesem wahren Gesicht bekennen, da hilft nichts mehr. Offenheit, Ehrlichkeit, klares Bekenntnis zu dem, was wir wirklich wollen — damit kann der Reichstag der Welt noch imponieren. — Der „Berliner Vorläufer“ führt in Erwartung der kommenden Reichstagsitzungen aus, wenn also die deutsche Volkswirtschaft wirklich nur zwei Tage für die Entscheidung der Zukunft Deutschlands verhandeln soll, so soll sie diese zwei Tage wenigstens voll ausnützen. Klar sollen die Forderungen sein, klar die Begründungen. Keinesfalls soll der Standpunkt des neuen Mannes an der Spitze des Reiches ersichtbar werden.

Der Reichstag und die Neubestimmung der Regierungsposten. In Reichstagskreisen wird allgemein angenommen, daß der Reichstag im Einverständnis mit seinen Regierungen, die Ablicht habe, die Neubestimmung der Regierungsposten, also auch die Ernennung des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und die Entscheidung über das Staatssekretariat des Innern, erst dann vorzunehmen, wenn der Reichstag nicht mehr versammelt sein wird. Der Reichstag ist indessen — so schreibt das „Berl. Tagbl.“ — nicht geneigt, sich jetzt nachdem er bei der Ernennung des Reichstagspräsidenten nicht um seine Meinung befragt worden ist, auch noch bei der Auswahl der Staatssekretäre völlig übergehen zu lassen.

Selberich und Zimmermann. Gleichzeitig mit der Nachricht, daß Dr. Selberich nicht zum Leiter des Auswärtigen Amtes bestellt werden wird, erfährt die „A. Z.“, daß vorläufig beabsichtigt wird, dem Staatssekretär Zimmermann die Leitung des Amtes zu belassen. Für diese Ansicht spricht der Umstand, daß ein Wechsel gerade augenblicklich nicht ganz erwünscht wäre, weil die Vorgänge, die sich zurzeit in den Niederlanden abspielen, erstens Aufmerksamkeit und schnellstes Handeln seitens unserer Politik erfordern.

Tirich an Dr. Spaahn. An den Führer der Zentrumspartei, Dr. Spaahn, ist folgendes Telegramm des Großadmirals von Tirich eingegangen: In Erinnerung an die lange, verständnisvolle Mitarbeit des Zentrums für die durch unseren Kaiser begründete Weltstellung und Segnung Deutschlands halte ich es für meine Pflicht, Ihnen, verehrte Excellenz zum Ausdruck zu bringen, daß in bezug auf den Erfolg der beabsichtigten Kriegserklärung in letzter oder ähnlicher Fassung von verderblicher Wirkung nach innen und außen für unsere ganze Zukunft sein muß. Das im Auslande durch sie eine für uns denkbare Friedensstimmung gefördert wird ist in. G. nicht zu erwarten. — Das Telegramm deutet bekannt gegebenen Telegramm des Großadmirals an den national-liberalen Parteiführer Bahrer.

Eine Abordnung des Bundesrats bei Bethmann. Der Bundesrat entsandte eine Deputation zu dem aus dem Amte geschiedenen Reichstagspräsidenten v. Bethmann-Hollweg. Der bairische Gesandte Graf Lerchenfeld gedachte in einer Ansprache der großen Verdienste, die sich der scheidende Reichstagspräsident um das Reich erworben hat, und brachte den Dank des Bundesrates in warmen Worten zum Ausdruck. Herr

v. Bethmann-Hollweg dankte in einer herzlichen Erwiderung für das ihm vom Bundesrat geschenkte Vertrauen.

Der Kaiser empfing vorgestern abend die Minister Lenke und von Schorlemer. Gestern Vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, des Chefs des Admiralitäts, des Kriegsministers und des Chefs des Marinekabinetts sowie den Generalstabsvortrag.

Von böswilligen Schwärmern werden Gerüchte verbreitet, die von Unruhen in Berlin im Anschluß an einige Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten zu erzählen wissen. Wie das Volkische Telegraphen-Bureau dazu vor zuständiger Stelle erklärt, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen. Tatsache ist nur, daß sich am Dienstag abend im Norden Berlins von dem einen Versammlungslokal aus ein Zug von noch nicht 500 Personen in Bewegung gesetzt hat, der sich bald von selbst zerstreute. Eine Teile dieser Menge begaben sich mit Omnibussen und Straßenbahnen nach dem Stadtinneren und versuchten dort unter Führung eines bekannten Landtagsabgeordneten in der üblichen Weise durch Lärm zu demonstrieren. Diese Truppe in Stärke von zusammen noch nicht 300 Personen wurden durch die Polizei mühelos und ohne jeden Zwischenfall südwärts und nordwärts der Linden zerstreut. Dem Vorwurfe der übertriebenen Gerüchte wird von Seiten der Behörden nachgegangen.

Ludendorff über den U-Boot-Krieg. Wie wir hören, hat bei den Besprechungen über die militärische Lage, die in Berlin zwischen der obersten Heeresleitung und Mitgliedern des Reichstags stattfand, General Ludendorff sich über den U-Boot-Krieg u. a. folgendes geäußert: Bei der obersten Heeresleitung war für die Führung des U-Boot-Krieges zunächst der Wunsch bestimmend, die feindliche Kriegswirtschaft und namentlich die Munitionserzeugung zu treffen. Die Weltmächte haben durch die U-Boote eine wesentliche Entlastung erfahren. Die feindliche Munitionserzeugung ist gemindert. Die U-Boote haben diese Aufgabe erfüllt. Das Zusammenwirken der Marine mit der Armee stellt sich somit als außerordentlich dar, entsprechend den ungleicheren Verhältnissen des Weltkrieges, in dem wir noch mit beiden Föhren stehen.

Die oberste Heeresleitung erwartet von dem U-Boot-Krieg ferner, daß er die Kriegsfähigkeit Englands durch Verminderung des Frachtraumes auf dem Weltmeere und die sich daraus ergebenden Fragen drückt. Die Erfüllung auch dieses zweiten Wunsches werde kommen und damit — trotz Amerika — die Beendigung des Weltkrieges und der auch von der obersten Heeresleitung gewünschte Frieden.

Weitere französische Urteile. Aus Bern wird gemeldet: Zum deutschen Reichstagspräsidenten äußerte sich vorgestern noch die gesamte französische Presse vorwiegend in dem Sinne, daß man abwarten müsse. Der neue Kanzler sei vor allem ein Geschöpf der Militärpartei. Der Temps schreibt: Welchen Wert hat es, daß man die Personen wechselt, wenn man die Einrichtung nicht ändert? Ein Kanzler, der von der Reichstagsmehrheit gestützt würde, hätte heute wie gestern kein Mittel, um sich in seiner Stellung zu halten, wenn er dem Kaiser, dem Kronprinzen und Ludendorff mißfiele. Wenn eine Parlamentsmehrheit diesen Reichstagspräsidenten mißbilligen würde, hätte der Reichstag heute wie gestern kein Mittel, ihn zu führen. Unserer Ansicht nach hat Bethmann-Hollweg, weil er friedensfreundlicher Tendenzen verdächtig wurde, seinem Nachfolger würde sicherlich aus dem gleichen Grunde ein gleiches Schicksal bereitet werden. Die Deutschen sollten sich vorichtig an die Alternativen wenden und sich an die Worte Wilsons, Ribots, Lloyd Georges und der Petersburger Regierung erinnern, die übereinstimmend forderten, daß Deutschland zuerst sein inneres Regime ändern müsse; dann würde der Frieden leichter werden. Aber statt zu antworten, verteidigen sich die Leute in Berlin darauf, Auswege zu suchen. Sie werden aber dadurch das Problem nicht aus der Welt schaffen, es höchstens erschweren.

Noch eine Schweizer Stimme. Der Tagesanzeiger Zürich schreibt in der Nummer 164 vom 18. Juli am Schluß zur Kriegslage: Wiemert der Regierungswechsel in Deutschland die Kriegsführung beeinflusst, ist heute noch nicht

vorauszu sehen. Doch ist kaum anzunehmen, daß sich die Entente den neuen Männern gegenüber entgegenkommender zeigen wird, als gegen die abgetretenen. Wichtiger wird es sein, ob es den neuen Männern gelingt, in Deutschland die gründlich in die Brüche gegangene Einigkeit und das Vertrauen auf den Ausgang des Krieges wiederherzustellen, indem neben Gewährleistung der unumgänglich notwendigen Reformen auch ein erreichbares und vernünftiges Ausgleich aufgestellt wird, auf das mit Festigkeit ohne Hin- und Herbewegen zugestimmt wird. Einigkeit und Vertrauen ist alles, was Deutschland heute braucht.

Eine Aeußerung des französischen Sozialistenführers. In einer Redeung des Wolffischen Telegraphen-Büro vom 10. 6. war eine Aeußerung Renaudels in der Humanität wiedergegeben, die ausging besagte: „Wenn der Sieg nicht die Niederdrückung, Vertückelung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir, daß der Friede niemals kommt.“ — Wie sich nunmehr herausstellt, hat Renaudel das Gegenteil geschrieben: „Wenn der Sieg die Unterdrückung, Vertückelung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir ufw.“ Der unzutreffenden ersten Nachricht lag ein bedauerlicher Fehler in der telegraphischen Uebersetzung zu Grunde.

Veränderte Haltung der französischen Sozialisten? „Journal du Peuple“ meldet, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei der französischen Sozialistenpartei in einer Versammlung die politische Lage besprochen habe. An der Aussprache nahmen u. a. Louquet, Bourderon und Loriot teil. Die Versammlung kam zu der Ansicht, daß die durch die Vorgänge in Deutschland geschaffene neue Lage auch der französischen sozialistischen Partei eine veränderte Haltung zur Pflicht mache. Nach einer Zusammenkunft berichtete das Blatt ferner, daß eine am Schluß der Versammlung angenommene Tagesordnung auf sofortige Einberufung des Nationalkongresses der französischen sozialistischen Partei besteht.

Eine österreichische Kundgebung für den Verhandlungsfrieden. Die bedeutendste politische Vereinigung Wiens, die „Österreichische politische Gesellschaft“ sagte folgende Entschlüsse: „Die Versammlung fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung, die sich als erste zur Formel des Verhandlungsfriedens bekannt hat, auf diesem Wege beharre. Denn nur ein Friede, der bei den kämpfenden Parteien das Gefühl der Niederlage und der Demütigung nicht zurückläßt, trägt die Bürgschaft der Dauer in sich und bildet die Grundlage, auf der die Organisation der Welt als Kulturgemeinschaft aufgebaut ist und auf der allein die wirtschaftliche Wiederherstellung der Staaten möglich wird. Österreich verlangt jedoch nicht nur die Beendigung dieses entsetzlichen Krieges, es verlangt nach nationalem Frieden im Innern. Nur ein Österreich, das die nationale Ordnung erlangen hat, wird bei den Friedensverhandlungen imstande sein, seine Interessen wirksam zu verteidigen und seine Kulturarbeit einflußvoll zu vertreten. Die Versammlung beauftragt deshalb die Exekutoren, sofort eine Organisation zu schaffen, welche die Aufgabe hat, die öffentliche Meinung auf der Forderung nach Erneuerung Österreichs auf der Grundlage der wahren Demokratie und nationalen Gleichberechtigung.“

Kriegsnachrichten.

Von den Fronten. An der Westfront beeinträchtigte regnerisches Wetter und teilweise schlechte Sicht am 17. Juli die Gesichtstätigkeit. Am Vormittag war das Feuer nur mäßig übern härter. Gegen Mittag steigerte sich das häufig durch Flieger geleitete feindliche Artilleriefeuer gegen unsere Infanterie- und Batteriestellungen und schlug auch bis tief ins Hintergelände. Ein in der Nacht vom 17. zum 18. d. Mts. unter erheblicher Artillerieunterstützung erfolgter Angriff einer englischen Patrouille dicht südlich des Kanal-Anies bei Dollbeke blieb in unseren Artillerie- und Infanteriepositionen liegen. Gegen Mitternacht gelangte der Vorstoß einer stärkeren englischen Abteilung in der Gegend Ostaverne in unsere Gräben, wurde jedoch sofort im Gegenstoß bis auf ein kleines Engländernezt geworfen. Gegen